

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Finanzelend des Reiches.

Berlin, 22. September. (MIZ.) Die heutige Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beschäftigte sich mit der Finanzlage des Reichs. Ueber die Grundlagen der zu verfolgenden Finanzpolitik ergab sich eine einheitliche Auffassung des Kabinetts. Zur Aufrechterhaltung des vom Reichsfinanzminister eingereichten Mitteltagsplans lag also keine Veranlassung mehr vor. Der Vorschlag für die Befolgsordnung wurde mit kleinen Änderungen angenommen. Die von der Nationalversammlung verabschiedeten Steuergesetze sollen unbedingt durchgeführt werden, insbesondere auch das Reichsnotopfer, von dem ein erheblicher Teil durch ein besonderes Gesetz alsbald dem Reich zugeführt werden soll. Ferner soll die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinetts gestärkt und sein Einfluß auf die Finanzgebarung des Reichs erweitert werden, da eine unbedingte Notwendigkeit besteht, zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Finanzen einen Stillstand und womöglich einen Abbau in den Reichsausgaben herbeizuführen. In den ordentlichen Etat für 1921 sollen grundsätzlich keine neuen Ausgaben eingestellt und eine systematische Einschränkung der bisherigen Ausgaben ohne Unterbindung des Ausbaus von werdenden Ausgaben durchgeführt werden. Neue Beamtenstellen sollen nicht geschaffen werden. Weiter wurde beschlossen: Größte Sparsamkeit auf persönlichem und sachlichem Gebiete, fortschreitender Abbau der bisher genehmigten Stellen, erneute Nachprüfung des Bedarfs in den einzelnen Ressorts, klarer und beschleunigter Abbau der bestehenden Kriegsorganismen, insbesondere der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, unter Mitwirkung und Mitkontrolle des Reichsfinanzministeriums, schleunige Abwicklung des Kriegsfonds und der noch bestehenden Stellen des alten Heeres, Zusammenlegung aller Organisationen, die gleichen Zwecken dienen. Das Reichskabinetts ist der Auffassung, daß die Beseitigung des Fehlbetrags von 14 Milliarden bei der Eisenbahn und 2 Milliarden bei der Post mit allen Kräften angestrebt werden muß. Schließlich beschloß das Kabinetts einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialkommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen. Die obersteinstehende Frage hat das Reichskabinetts heute nicht beschäftigt. Zeitungsmeldungen über einen neuen, vom Reichsminister Dr. Simons ausgearbeiteten Plan für Oberschlesien sind völlig unzutreffend.

Berlin, 23. September. (MIZ.) Die deutschen Finanzminister der Einzelstaaten sind zum 20. September telegraphisch nach Berlin berufen worden.

Vorabstimmung zur französischen Präsidentenwahl.

Paris, 22. Sept. Die demokratische Rechte, die Sozialisten, die Radikalen und die radikalen Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen Gegenkandidaten aufzustellen, über dessen Namen heute Beschluß gefaßt werden soll. Leon Bourgeois wird neben Peret am meisten genannt.

Paris, 22. Sept. In der heutigen Vorabstimmung entfielen von 513 abgegebenen Stimmen auf Ministerpräsident Millerand 528, auf den Senatspräsidenten Bourgeois 113 Stimmen und auf den Kammerpräsidenten Peret 167 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerstückelt, oder es waren weiße Zettel abgegeben worden. Millerand ist damit als alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt.

Ungarische monarchistische Propaganda in Oesterreich.

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Volkszeitung berichtet aus Wien: Die Arbeiterzeitung veröffentlicht heute Dokumente, die ihr aus der ungarischen Gesandtschaft zugetragen wurden, die geeignet sind, einen beträchtlichen politischen Skandal und ebenfalls einen neuen ernstlichen Konflikt zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn zu verursachen. Seit einigen Wochen veröffentlicht die christlichsozialen Reichspost, das Deutsche Volksblatt und die Deutsche Tageszeitung ganzseitige Inserate, welche oft in schärfster Form Stimmung gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen Dr. Renner und andre sozialistische Regierungsmitglieder und gegen die tschechoslowakische Republik sowie Reklame für Horthy in Ungarn machen, und welche unterzeichnet waren: Tausende gleichgestimmte Deutschösterreicher.

Die Arbeiterzeitung meldet jetzt einen vertraulichen Bericht des Obersten und Ministerialrats Reich, Pressechef der ungarischen Gesandtschaft, an den Leiter der Presseabteilung im Ministerium des Aeußeren in Budapest, woraus hervorgeht, daß die Inserate sowie ähnlich gehaltene Flugblätter aus dem Millionen Kronen betragenden Geheimfonds der ungarischen Regierung für monarchistische Propaganda in Wien gezahlt werden. Auch das antisemitische Blatt Volksturm sowie das Organ der Haboburger Offiziere werden mit großen Summen subventioniert. In dem Bericht des Obersten Reich heißt es, er habe dafür gesprochen, daß die Flugblätter in den christlichsozialen Blättern Aufnahme finden. Die Redakteure erklärten natürlich keine Bitte mit der größten Freude. Er werde bestrebt sein, mäßige Preise zu erzielen.

An die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie.

In der roten Fahne, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei, veröffentlichten die Genossen Ernst Däumig, Wilhelm Koenen, Adolf Hoffmann und Walter Stoeder, Mitglieder des Parteivorstandes, einen Artikel an die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie. Gleichzeitig wird von den Genossen Ernst Däumig und Walter Stoeder ein Flugblatt in Massen verbreitet. Genosse Crispian ersucht nun als Vorsitzender der Unabhängigen Partei um Veröffentlichung folgenden Artikels:

Die Hülsen fallen! Die Unabhängige Sozialdemokratie soll zertrümmert und ihre Mitglieder den Kommunisten zugetrieben werden.

Die Kommunistische Partei ist infolge ihrer schlechten Organisation in ihrer verantwortungslosen Putschpolitik nicht fähig gewesen, größere Massen zu sammeln. Deshalb hat sie ihre ganze Stohkraft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats, gerichtet. Deshalb hat sie planmäßig unsere Partei mit kommunistischen Zellen durchsetzt. Deshalb hat sie gegen alle unsere Mitglieder, die sich gegen die kommunistischen Treiberellen wehren, eine persönliche Hege eröffnet. Sie werden als Sozialverräter, als Konterrevolutionäre, als Feinde Sowjetrußlands, als Sozialpazifisten, als „rechte“ Führer verleumdet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich aus kleinen Anfängen unter den schwierigsten Verhältnissen des Krieges, der Revolution, der Verfolgungen, des Belagerungsstandes, durch die Opferwilligkeit und Selbstbetätigung aller ihrer Mitglieder zu der revolutionären Massenpartei Deutschlands entwickelt. In dem Augenblick, wo die Macht für die revolutionäre Entwicklung eingesetzt werden kann, verdoppeln sich die Anstrengungen, das Werk der Zertrümmerung

zu vollenden. Denn nur dadurch vermehren die Kommunisten eine große Partei werden zu können. Dazu haben sie die Moskauer Internationale mißbraucht. Deshalb haben sie das Exekutivkomitee zu immer größerer Verschärfung der Bedingungen veranlaßt, und dadurch den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie als Partei verhindert. Ihr Vertreter Ernst Meyer hat auf dem Kongreß die Absicht offen verkündet: Die Unabhängige Sozialdemokratie muß gespalten werden, die „linken Führer“ dürfen nicht mehr vor der Spaltung zurücktreten.

Einige Tatsachen über die Zertrümmerungsarbeit.

In Berlin besteht bereits eine eigene Organisation gegen die Partei. In ihr betätigen sich bekannte Mitglieder der Berliner Organisation. Sie arbeiten Hand in Hand mit Vertretern der Kommunisten. In einer der Sitzungen, die bezeichnenderweise im Jugendheim der Kommunistischen Partei abgehalten wurde, war der Kommunist Schulz anwesend, ein Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei. Schulz hat wiederholt öffentlich erklärt, daß auf die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie hingearbeitet werden müsse. Er ist einer der eifrigsten Organisatoren der Zertrümmerung unserer Partei. Und mit ihm arbeiten Mitglieder der Partei aufs engste zusammen!

In Berlin sind Anweisungen ausgegeben, wie die Parteiversammlungen zu besetzen und durch Zwischenrufe die Stimmung zu beeinflussen wäre. Auch die Einberufung von öffentlichen Versammlungen durch die Kommunisten wurde durch Mitglieder unserer Partei mit veranlaßt. An „zuverlässige“ Genossen werden regelmäßig Referentenmaterial und Resolutionsentwürfe für den Anschluß verschickt.

Von Berlin aus wird das Reich bearbeitet. Auf dem außerordentlichen Parteitage der USPD, Oberschlesiens wurde eine der in Berlin fabrizierten Resolutionen in der Tat angenommen. In der Kreisdelegiertenversammlung in Dresden machte unser Parteisekretär Wenke eingehende Mitteilungen über die persönliche Hege, die betrieben wird. In geheimen Konventikeln hätte man beraten, wie er und Genosse Fiehn er zu beseitigen und durch die Genossen Dr. Viktor Stern und Reil zu ersetzen seien. Darauf mußte der Genosse Wittwald zugeben, daß er in ständiger Verbindung mit der Berliner Betriebsrätezentrale stehe und von dort dauernd Material erhalte. In Danzig erschien vor kurzem der Kommunist Eberlein und bestellte die Vertrauensleute der USPD, hinterherum zu einer Sitzung, in der sie für den Anschluß bearbeitet wurden. In Bremen erklärten Kommunisten einigen USPD-Mitgliedern ihre Bereitwilligkeit, Geld zur Verfügung zu stellen, um geeignete Referenten aus Berlin kommen zu lassen.

In einem Teil der Presse unserer Partei wird ganz offen die Spaltung verlangt. So schließt die Hamburger Volkszeitung vom 6. September ihren Leitartikel mit den Worten: „Für die USPD gilt das Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen!“

Aber noch mehr! Mitglieder der Parteileitung veröffentlichten einen Aufruf, worin sie sich gegen einen Beschluß der Parteileitung wenden. Sie erheben gegen ihre Genossen und Kollegen die schärfsten persönlichen Angriffe und Beschuldigungen. Sie versenden diesen Aufruf nicht an die Parteipresse, wohl aber an die rote Fahne, das Zentralorgan der deutschen Kommunisten.

So arbeiten die Mitglieder der Partei in engster Fühlung mit den Kommunisten, deren Führer Dr. Lepp bei seiner Berichtserstattung aus Moskau erklärt hat: „Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen, und werden sie viel schärfer stellen, als die USPD-Deutschen glauben, sie schlucken zu müssen.“

Einen wichtigen Schritt haben die Kommunisten bereits getan. Sie haben ihren Namen geändert und heißen jetzt „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale)“. Das ist der Name, den Moskau vorgeschrieben hat, und damit erheben die Kommunisten den Anspruch, daß die bisherige Unabhängige Sozialdemokratische Partei in ihrer Partei aufgehen muß. Das bedeutet zugleich, daß sich die heutige kommunistische Zentrale die Leitung über die künftige Partei unter allen Umständen sichern will. Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet also die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie unter die Diktatur der kommunistischen Parteizentrale.

Damit ist der Beweis geleistet, daß eine Reihe von Leuten, die unserer Partei angehören, mit den Kommunisten an der Zertrümmerung unserer Partei arbeiten. Die Spaltung der Partei bedeutet eine verderbliche Schwächung der deutschen Arbeiterklasse. Sie bedeutet, daß an Stelle der Zusammenschließung aller Kräfte zu revolutionärer Arbeit, Selbstzerfleischung und damit Lähmung der proletarischen Energie eintritt. Wir wären aktionsunfähig zur Zeit der Wirtschaftskrise, zur Zeit der Arbeitslosigkeit, der Massenverelendung. Das ist Arbeit für die Konterrevolution,

nicht proletarische Politik. Die Schwächung der Bewegung in einzelnen Lande bedeutet zugleich die Unmöglichkeit, eine wirklich aktionsfähige Internationale zu schaffen. Wichtigste Vorbedingung jeder Internationale der Tat sind geschlossene revolutionäre Massenparteien in den einzelnen Ländern. Es ist wegen der Verschiedenartigkeit der Kampfesbedingungen in den einzelnen Ländern unsinnig und unmöglich, eine einzige internationale Partei zu bilden, die Internationale kann nur die Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien aller Länder sein. Die Kommunisten aber tragen die Spaltung von Land zu Land, zertrümmern die Macht der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und zerbrechen jede Aktionskraft. Sie töten so die Internationale!

Das darf nicht geschehen! Deshalb fordert von uns unsere Pflicht und unsere Einsicht, die Bedingungen des Moskauer Exekutivkomitees grundsätzlich abzulehnen. Jeder revolutionäre Proletarier muß sich

gegen den Spaltungswahnsinn erheben und das verderbliche Werk fanatischer Sektierer verhindern! Das Ziel der Kommunisten ist aber unserer festen Ueberzeugung nach aussichtslos. Es ist unmöglich, daß die entwidete Arbeiterklasse sich Bedingungen auferlegen läßt, die jede Selbstbestimmung und Selbstbetätigung ausschließen, alles geistige Leben ersticken. Die Wirkung der Aufnahmbedingungen der Kommunistischen Internationale ist unbestreitbar die Vernichtung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Befürworter dieser Bedingungen versuchen diese Wirkung abzuschwächen oder ganz in Abrede zu stellen, um die Mitglieder unserer Partei mit verbundenen Augen den Kommunisten in die Arme zu treiben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmungen, die den Ausschluß aller Parteitage delegierten und aller Mitgliedschaften verlangen, die sich dem Diktat nicht unterwerfen, nur auf die Spaltung berechnet sind. Es ist unmöglich, daß der Arbeiterklasse eine Politik von oben und außen aufgedrängt wird in revolutionären Zeiten, wo die Selbstbetätigung und die Entscheidung bei den Massen selbst liegen muß. Es ist unmöglich, daß die deutsche Arbeiterklasse auf die Selbstbestimmung verzichtet, wenn es sich um Tod und Leben handelt. Wenn es sich um den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung, wenn es sich um Krieg oder Frieden handelt, dann müssen die Massen sprechen und nicht eine kleine Zahl von Führern bestimmen. Wir können keine Hazardpolitik treiben, die von außen bestimmt wird. Die deutschen Arbeiter müssen Herren ihres Geschicks bleiben! Deshalb muß die

Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhalten bleiben. Ihre historische Aufgabe ist es, auf der unerschütterten